

Checkliste Teilnahmeantrag

Nr.	Unterlagen/Nachweis	Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaft	Nachunternehmer
1	Formblatt A – Antrag auf Teilnahme	✓	--
2	Formblatt B - Nachunternehmereinsatz	✓	--
3	Formblatt C - Erklärungen und Angaben zur Eignungsprüfung	✓	✓
4	Formblatt D – Eigenerklärung zum Umsatz; zur Anzahl der Beschäftigten und zur Berufserfahrung Projektleitung	✓	(✓)
5	Formblatt E – Angabe Referenzen	✓	(✓)
6	02_Formblatt 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen	--	(✓)
7	03_Eigenerklärung zur Umsetzung der Sanktion VO der EU im Bezug zu Russland	✓	✓
8	Erklärung Nachunternehmereinsatz (TVergG)	✓ (auch wenn kein NAN beabsichtigt ist)	--
9	Erklärung Tariftreue, Mindeststundenentgelt und Entgeltgleichheit (TVergG)	✓	✓
10	Bewerbererklärung gem_RdErl_MW_21.11.2008_41-3257-03	✓	✓
11	Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer mind. Deckungssumme von 3.000.000 EUR für Vermögensschäden und 1.500.000 EUR für Personen- und Sachschäden Falls derzeit keine Berufshaftpflichtversicherung in der Höhe der geforderten Deckungssumme besteht, ist die Erklärung eines Versicherers beizufügen, wonach dieser bereit ist, im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung zu den o. g. Bedingungen mit dem Bewerber abzuschließen. Die Versicherung muss mind. für die Dauer der Ausführungszeit z. B. unbefristet, sich automatisch verlängernd o. ä. abgeschlossen sein oder in Aussicht gestellt sein.	✓	✓
12	Angabe des Bewerbers zu wirtschaftlichen und/oder rechtlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen. Sollten keine Verknüpfungen bestehen, ist eine Negativerklärung abzugeben	✓	--
13	Nachweis über die Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung durch Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister (nicht älter als 12 Monate)	✓	--
14	Unbedenklichkeitserklärung des Finanzamtes, die nicht älter als 12 Monate ist. Die Frist wird ab dem Tag des Ablaufs der in der Vergabebekanntmachung genannten Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge zurückberechnet; dies gilt auch für den Fall einer nachträglichen Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge. Diese Unbedenklichkeitserklärung ist von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft einzureichen.	✓	--
15	Nachweis der Bauvorlageberechtigung Sachsen-Anhalt für min. einen Beschäftigten/Büroinhaber	✓	(✓)

16	Nachweis des Projektleiters über die Berufsqualifikation als Architekt oder Ingenieur, welche zur Ausführung der beschriebenen Leistung befähigt mit Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Architektinnen oder Architekten nach dem Architektengesetzen der Bundesländer oder entsprechender Regelungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zur Berufsqualifikation oder Ingenieurinnen oder Ingenieure nach den Ingenieurgesetzen der Bundesländer oder entsprechender Regelungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zur Berufsqualifikation, § 75 Abs. 2 VgV.	✓	--
17	Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben	✓	(✓)

Hinweise

- ✓ zwingend einzureichen, bei Bewerbungsgemeinschaften sind die Unterlagen von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft einzureichen
- (✓) soweit erforderlich bei Eignungsleihe einzureichen
- nicht gesondert vorzulegen

Formblatt A – Antrag auf Teilnahme

Auftraggeber:

Stadt Seeland OT Nachterstedt
Lindenstraße 1
06469 Seeland

Bewerber/Bewerbergemeinschaft

Handelt es sich bei dem Bewerber um eine Bewerbergemeinschaft?

- ☐ ja
☐ nein

Angabe des Bewerbers bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft:

Unternehmen: _____
Ansprechpartner: _____
Anschrift: _____
PLZ, Ort: _____
Telefon: _____
E-Mail: _____

Handelt es sich um eine Bewerbergemeinschaft, erklärt diese, dass sie im Falle einer Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft bilden wird. Weiter wird erklärt, dass der bevollmächtigt Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Angabe der weiteren Mitglieder der Bewerbergemeinschaft:

Name des Unternehmens*	Ansprechpartner*	Ort, Datum*	Firmenstempel, Unterschrift*

Name des Unternehmens*	Ansprechpartner*	Ort, Datum*	Firmenstempel, Unterschrift*

*Bei einer Bewerbergemeinschaft ist dies von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft auszufüllen und zu unterschreiben.

(Ort, Datum)(Firmenstempel, Unterschrift des Bewerbers bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft)

Formblatt B – Nachunternehmereinsatz

Erfolgt die Ausführung der in der Auftragsbekanntmachung enthalten Leistungen im eigenen Unternehmen?

- ☐ ja
☐ nein

Wenn nein, Angabe der Leitung sowie des qualifizierten Nachunternehmers der diese erbringen wird:

Leistung	Name des Unternehmens	Ansprechpartner	Anschrift

(Ort, Datum)(Firmenstempel, Unterschrift des Bewerbers bzw. des bevollmächtigten Vertreters der
Bewerbergemeinschaft)

Formblatt C - Erklärungen und Angaben zur Eignungsprüfung

Hinweise:

- Bitte füllen Sie das Formular vollständig aus und unterzeichnen Sie dieses an der jeweils vorgesehenen Stelle. Bei Teilnahme am elektronischen Vergabeverfahren ersetzt die Textform die händische Unterschrift. Bei Bietergemeinschaften ist für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft ein separater Vordruck auszufüllen und mit dem Angebot einzureichen. Mit Eigenerklärungen des Bieters sind dann Eigenerklärungen des jeweiligen Mitglieds der Bietergemeinschaft gemeint.
- Der Vordruck ist auch zu verwenden von den sonstigen Wirtschaftsteilnehmern (z. B. Unterauftragnehmern oder verbundenen Unternehmen), welche Teile des Auftrages erbringen sollen, bzw. auf deren Eignung sich der Bieter/die Bietergemeinschaft beruft (Eignungsleihe gemäß § 47 Vergabeverordnung) und geben die jeweils für sie geforderten Angaben bzw. Erklärungen ab.
- Anstelle dieser Eigenerklärung zur Eignung akzeptiert der Auftraggeber auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung.
- Bewerber und Bieter können eine bereits bei einer früheren Auftragsvergabe verwendete Einheitliche Europäische Eigenerklärung wiederverwenden, sofern sie bestätigen, dass die darin enthaltenen Informationen weiterhin zutreffend sind.
- Bei einer Übermittlung einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung kann der Auftraggeber zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens sämtliche oder einen Teil der geforderten Unterlagen verlangen, soweit dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist. Im Übrigen sind die Unterlagen auf gesonderte Aufforderung von dem Bieter vorzulegen, der den Auftrag erhalten soll.
- Der Auftraggeber kann verlangen, dass die vorzulegenden Unterlagen vom Bewerber oder Bieter zu erläutern sind.
- Unternehmen, bei denen ein Ausschlussgrund zu Nr. 1 sowie 3 bis 7 der Erklärung zur Eignung vorliegt, werden von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren nicht ausgeschlossen, wenn das Unternehmen nachgewiesen hat, dass es
 - für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
 - die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat, und
 - konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.
- Unternehmen, bei denen ein Ausschlussgrund zu Nr. 2 der Erklärung zur Eignung vorliegt, werden von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren nicht ausgeschlossen, wenn nachgewiesen wird, dass den Verpflichtungen dadurch nachgekommen wurde, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

Vergabenummer	Maßnahmennummer
Maßnahme Neubau GS Seeland OT Nachterstedt	
Leistung/CPV 71250000-5 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste	

Eigenerklärung zur Eignung

1. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren gemäß § 123 Absatz 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zwingend ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen nach § 30 des Gesetzes gegen Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- c) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- d) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- e) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- j) den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen in diesem Sinne eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte als für die Leistung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

2. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren gemäß § 123 Absatz 4 GWB zwingend ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder die die Verletzung der aufgeführten Verpflichtungen auf sonstige Weise durch den Auftraggeber nachgewiesen wird.

3. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren gemäß § 124 Absatz 1 GWB ausgeschlossen werden kann, wenn:

- a) das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- b) das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- c) das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,
- d) der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- e) ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
- f) eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
- g) das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- h) das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- i) das Unternehmen versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

4. Mir/Uns ist bekannt, dass gemäß § 21 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG) ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren gemäß § 124 Absatz 1 GWB ausgeschlossen werden soll, wenn es wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist. Das Gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.

5. Mir/Uns ist bekannt, dass Öffentliche Auftraggeber nach § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen gemäß § 98c des Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) einen Bewerber oder einen Bieter vom Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag ausschließen können, wenn dieser oder dessen nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch mit einer Geldbuße von wenigstens Zweitausendfünfhundert Euro rechtskräftig belegt worden ist oder nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt worden ist.

6. Mir/Uns ist bekannt, dass gemäß § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG) Bewerber bis zu einer Dauer von drei Jahren von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in den §§ 99 und 100 des GWB ausgeschlossen werden sollen, die oder deren nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigte nach § 8 Absatz 1 Nummer 2, §§ 10 bis 11 SchwarzArbG, § 404 Absatz 1 oder 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, §§ 15, 15a, 16 Absatz 1 Nummer 1, 1c, 1d, 1f oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes oder § 266a Absatz 1 bis 4 des Strafgesetzbuches zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als neunzig Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind. Das Gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung nach Satz 1 besteht.

7. Ich/Wir erkläre(n) hiermit,

- dass keine Strafen oder Geldbußen für die vorgenannten Tatbestände oder nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gegen mein/unser Unternehmen oder eine Person verhängt worden sind, deren Verhalten unserem/meinem Unternehmen zuzurechnen ist,
- dass keine zuvor genannten Gründe vorliegen, die einen Ausschluss meines/unseres Unternehmens von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

8. Mir/Uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen zu meinem/unserem Ausschluss von diesem und künftigen Vergabeverfahren sowie zur Kündigung eines etwaig erteilten Auftrags führen kann.

9. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass der Auftraggeber verlangen kann, dass mein/unser Unternehmen die vorstehenden Erklärungen von Unterauftragnehmern zu fordern hat und diese vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen sind.

10. Ich/Wir erfülle(n) die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen, insbesondere die die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung betreffen.

11.

Angaben zum Firmeninhaber bzw. zu dem nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigten (es sind **alle** Felder auszufüllen!)

<u>Name:</u>	<u>Vorname(n):</u>	<u>(ggf. abweichender)</u> <u>Geburtsname:</u>
<u>Geburtsdatum:</u>	<u>Geburtsort:</u>	
<u>Funktion in der Firma:</u>		

<u>Name:</u>	<u>Vorname(n):</u>	<u>(ggf. abweichender)</u> <u>Geburtsnamen:</u>
<u>Geburtsdatum:</u>	<u>Geburtsort:</u>	
<u>Funktion in der Firma:</u>		

<u>Name:</u>	<u>Vorname(n):</u>	<u>(ggf. abweichender)</u> <u>Geburtsnamen:</u>
<u>Geburtsdatum:</u>	<u>Geburtsort:</u>	
<u>Funktion in der Firma:</u>		

<u>Bezeichnung des Bewerbers (z.B. Firma, Verein, Anstalt, Körperschaft, Stiftung):</u>
<u>Rechtsform:</u>
<u>Registergericht (sofern zutreffend):</u>
<u>Register-Nr. (sofern zutreffend):</u>

12. Ich/Wir erfülle(n) die Voraussetzungen als Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen gemäß der Definition in der Empfehlung 2003/361/EC der Kommission (nicht mehr als 249 Beschäftigte sowie ein Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro oder eine Bilanzsumme von maximal 43 Millionen Euro).

- ☐ ja
☐ nein

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, Unterschrift des bevollmächtigten Vertreters)

Formblatt D – Eigenerklärung zum Umsatz; Anzahl der Beschäftigten und zur Berufserfahrung des Projektleiters

Diese Eigenerklärung ist vom Bewerber bzw. von allen Mitgliedern einer Bewerbungsgemeinschaft abzugeben!

- ☐ Bewerber/Bewerbungsgemeinschaft
☐ Nachunternehmer

Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren

Achtung: Der Mindestumsatz des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft muss im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre **2 Mio. €** brutto betragen

Unternehmen:	
Geschäftsjahr	Umsatz in EUR
2024	
2023	
2022	

Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren

Achtung: Der Bewerber bzw. die Bewerbungsgemeinschaft muss mindestens durchschnittlich **15 Beschäftigte** (ohne Hilfskräfte und Praktikanten) in den letzten drei Jahre nachweisen. Dies umfasst **festangestellte Mitarbeitende**. Berücksichtigt werden dabei Architekten, Ingenieure, Naturwissenschaftler, technische Zeichner oder Personen mit vergleichbarer Qualifikation.

Geschäftsjahr	2024	2023	2022
Gesamtanzahl der Beschäftigten			
davon Architekten			
davon Ingenieure			
Naturwissenschaftler			
technische Zeichner			

Berufserfahrung der Projektleitung

Name Projektleitung

Berufserfahrung in Jahren

Achtung: Die Berufserfahrung muss mindestens **10 Jahre** betragen.

Berufserfahrung der stellvertretenden Projektleitung

Name stellvertretende Projektleitung

Berufserfahrung in Jahren

Achtung: Die Berufserfahrung muss mindestens **5 Jahre** betragen.

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, Unterschrift des bevollmächtigten Vertreters)

Formblatt E – Referenzen

Hinweis zu den Formblättern E Referenzen:

In den Formblättern E.1 bis E.8 sind die Anzahl der zu nennenden Referenzen des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft sowie von wesentlichen Nachunternehmern begrenzt. Die Formblätter E.1 bis E.8 sind jeweils nur einmal pro Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaft einzureichen. Die Anzahl der Referenzen kann in den Formblättern E.1 bis E.8 nicht erhöht werden.

Sofern mehr als die maximal geforderte Anzahl an Referenzen vorliegen, ist durch den Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaft eine Auswahl zu treffen.

Sofern in den Formblättern E.1 bis E.8 von wesentlichen Nachunternehmern Referenzen angegeben werden, so sind vom wesentlichen Nachunternehmer das Formblatt D auszufüllen.

Gewertet werden nur Referenzen, die innerhalb der in der Referenz definierten Jahre erbracht wurden, Ausgangspunkt ist der Tag der Absendung der Bekanntmachung.

Die geforderten Leistungen müssen abgeschlossen sein, der Abschluss der Leistungen darf max. 10 bzw. 5 Jahre zurückliegen (d. h. 05.2016 bzw. 05.2020).

Die vorgenannten Bedingungen hinsichtlich der Referenzen können jeweils durch eine oder unterschiedliche Referenzen nachgewiesen werden. Die genaue Bewertung und deren Abstufung ist der Bewertungsmatrix zu entnehmen.

Die einzelnen Leistungen innerhalb des Referenzobjektes sind kurz zu erläutern. Sofern der Platz für Erläuterungen nicht ausreicht, ist auf eine Anlage zu verweisen, in welcher die Leistungen detaillierter erläutert werden. Die Anlage darf nicht mehr als 1 DIN A4 Blatt je Referenz umfassen.

Formblatt E.1 – Generalplaner Leistungsphasen 2-8

2 Büroreferenzen für ein Hochbauprojekt (Neubau/ Sanierung/ Erweiterung etc.) mit einer Baukostensumme (KG 200-500) von mindestens 3,00 Mio. € netto und einer BGF von mindestens 2.000 m² für die Erbringung einer **Generalplanungsleistung** mit der Beteiligung von mind. 3 verschiedenen Leistungsbildern (z.B. Objektplanung, technische Gebäudeausrüstung, Tragwerksplanung) sowie mind. 1 Fachgutachten (z.B. Wärmeschutz, Brandschutz etc.), aus den letzten **10 Jahren** für die **Leistungsphasen 2-8**

Nr.	Objektbezeichnung	Art des Projektes (z.B. Grundschule, Laborgebäude, Büro etc.)	verantwortliche Projektleitung	BGF in m ²	Baukosten KG 200-500 in € netto	Projektlaufzeit (Beginn und Ende angeben)	Auftraggeber und Ansprechpartner beim Referenzobjekt (Name, Tel.-Nummer)	Angabe der betreuten Leistungsbilder unter Berücksichtig der Angabe der Leistungsphasen und Fachgutachten
1								
2								

Formblatt E.2 – Objektplaner Leistungsphasen 2-7

2 Büroreferenzen für ein Hochbauprojekt (Neubau/ Sanierung/ Erweiterung etc.), aus den letzten 10 Jahren mit einer Baukostensumme (KG 200-500) von mindestens 4 Mio. € netto und einer BGF (Bruttogeschossfläche) von mindestens 3.000 m² bei dem die **Leistungsphasen 2-7** nach § 34 HOAI 2021 (oder der vergleichbaren Vorgängervorschrift oder vergleichbarer Leistungsumfänge bei Büro im Ausland) abgeschlossen sind

Nr.	Objektbezeichnung	Art des Projektes (z.B. Grundschule, Laborgebäude, Büro etc.)	verantwortliche Projektleitung	BGF in m²	Baukosten KG 200-500 in € netto	Projektlaufzeit (Beginn und Ende angeben)	Auftraggeber und Ansprechpartner beim Referenzobjekt (Name, Tel.-Nummer)	Beschreibung der Leistung (zzgl. Angabe der Leistungsphasen gem. HOAI)
1								
2								

Formblatt E.3 – Objektplanung Leistungsphase 8

1 Büroreferenz für ein Hochbauprojekt (Neubau/ Sanierung/ Erweiterung etc.), aus den letzten 10 Jahren mit einer Baukostensumme (KG 200-500) von mindestens 4 Mio. € netto und einer BGF von mindestens 3.000 m² bei dem die **Leistungsphase 8** nach § 34 HOAI 2021 (oder der vergleichbaren Vorgängervorschrift oder vergleichbarer Leistungsumfänge bei Büro im Ausland) abgeschlossen ist

Nr.	Objektbezeichnung	Art des Projektes (z.B. Grundschule, Laborgebäude, Büro etc.)	verantwortliche Projektleitung	BGF in m²	Baukosten KG 200-500 in € netto	Projektlaufzeit (Beginn und Ende angeben)	Auftraggeber und Ansprechpartner beim Referenzobjekt (Name, Tel.-Nummer)	Beschreibung der Leistung (zzgl. Angabe der Leistungsphasen gem. HOAI)
1								

Formblatt E.4 – technische Ausrüstung Leistungsphasen 2-3 sowie 5-7

2 Referenzen für ein Hochbauprojekt (Neubau/ Sanierung/ Erweiterung etc.) aus den letzten 10 Jahren mit einer Baukostensumme mindestens 1,2 Mio. € netto (KG 400, von mind. 3 Anlagengruppen gem. §53 Abs. 2 HOAI), mit einem Mindestleistungsumfang 3 Anlagegruppen **Leistungsphasen 2-3 und Leistungsphasen 5-7** nach § 55 HOAI 2021 (oder der vergleichbaren Vorgängervorschrift oder vergleichbarer Leistungsumfänge bei Büro im Ausland)

Nr.	Objektbezeichnung	Art des Projektes (z.B. Grundschule, Laborgebäude, Büro etc.)	verantwortliche Projektleitung	Baukosten ALG 1-8 in € netto (ALG sind einzeln anzugeben)	Projektlaufzeit (Beginn und Ende angeben)	Auftraggeber und Ansprechpartner beim Referenzobjekt (Name, Tel.-Nummer)	Beschreibung der Leistung (zzgl. Angabe der Leistungsphasen gem. HOAI)
1							
2							

Formblatt E.5 – technische Ausrüstung Leistungsphase 8

1 Referenz für ein Hochbauprojekt (Neubau/ Sanierung/ Erweiterung etc.) aus den letzten 10 Jahren mit einer Baukostensumme mindestens 1,2 Mio. € netto (KG 400, von mind. 3 Anlagengruppen gem. §53 Abs. 2 HOAI), mit einem Mindestleistungsumfang 3 Anlagegruppen Leistungsphase 8 (vollständig erbracht) nach § 55 HOAI 2021 (oder der vergleichbaren Vorgängervorschrift oder vergleichbarer Leistungsumfänge bei Büro im Ausland)

Nr.	Objektbezeichnung	Art des Projektes (z.B. Grundschule, Laborgebäude, Büro etc.)	verantwortliche Projektleitung	Baukosten ALG 1-8 in € netto (ALG sind einzeln anzugeben)	Projektlaufzeit (Beginn und Ende angeben)	Auftraggeber und Ansprechpartner beim Referenzobjekt (Name, Tel.-Nummer)	Beschreibung der Leistung (zzgl. Angabe der Leistungsphasen gem. HOAI)
1							

Formblatt E.6 - technischen Fachplanung - Energieeinsparnachweis

2 Referenzen für die Erstellung eines Energieeinsparnachweis gem. GEG (bzw. vergleichbarer Vorgängervorschrift) für ein Hochbauprojekt (Neubau/ Sanierung/ Erweiterung etc.), aus den letzten 5 Jahren mit einer BGF von mindestens 2.000 m² dem anteiligen Einsatz regenerativer Energien gemäß den Anforderungen des GEG.

Nr.	Objektbezeichnung	Art des Projektes (z.B. Grundschule, Laborgebäude, Büro etc.)	verantwortliche Projektleitung	BGF in m²	Projektlaufzeit (Beginn und Ende angeben)	Auftraggeber und Ansprechpartner beim Referenzobjekt (Name, Tel.-Nummer)	Beschreibung der erbrachten Leistung mit Bezug auf die Nutzung regenerativer Energie
1							
2							

Formblatt E.7 - technischen Fachplanung - Konzept "Energieautarkes Gebäude"

1 Büroreferenz für die Erstellung eines Konzeptes "Energieautarkes Gebäude" eines Hochbauprojektes (Neubau/ Sanierung/ Erweiterung etc.), aus den letzten 5 Jahren mit einer BGF von mindestens 2.000 m², wobei ein Autarkiegrad von mindestens 50 % nachgewiesen wurde							
Nr.	Objektbezeichnung	Art des Projektes (z.B. Grundschule, Laborgebäude, Büro etc.)	verantwortliche Projektleitung	BGF in m²	Projektlaufzeit (Beginn und Ende angeben)	Auftraggeber und Ansprechpartner beim Referenzobjekt (Name, Tel.-Nummer)	Beschreibung der erbrachten Leistung und der Nutzung regenerativer Energie mit Angabe Autarkiegrad
1							

Formblatt E.8 - technischen Fachplanung - Variantenvergleich zur regenerativen Energieerzeugung

1 Büroreferenz zur Erstellung eines Variantenvergleichs zur regenerativen Energieerzeugung im Rahmen eines Hochbauvorhaben (Neubau/ Sanierung/ Erweiterung etc.), aus den letzten 5 Jahren mit einer BGF von mindestens 2.000 m², wobei mindestens drei unterschiedlichen Systemkombinationen regenerativer Energiequellen (z. B. PV, Solarthermie, Wärmepumpe, BHKW) untersucht wurden							
Nr.	Objektbezeichnung	Art des Projektes (z.B. Grundschule, Laborgebäude, Büro etc.)	verantwortliche Projektleitung	BGF in m²	Projektlaufzeit (Beginn und Ende angeben)	Auftraggeber und Ansprechpartner beim Referenzobjekt (Name, Tel.-Nummer)	Angabe der erbrachten Leistung mit Beschreibung der Varianten
1							

Bewertungsmatrix zum Teilnahmeantrag

Siehe Datei Bewertungsmatrix Teilnahmeantrag